29. November 2017
Nr. 39/2017

Newsletter Tirol-Büro Brüssel

Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- RescEU: Neue Maßnahmen zur Bewältigung von Naturkatastrophen 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- Abstimmung über Berichte betreffend EU-Paket für saubere Energie 3

Rat der Europäischen Union

- EU-Staaten verlängern Glyphosat-Zulassung um fünf Jahre 4
- Rat stimmt für überarbeitete Öko-Verordnung 4
- Beschlussfassungen des Rates zu aktuellen bildungspolitischen Themen 5
- Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft 5

Europäische Kommission

- Neue EU-Vorschriften für Online-Zahlungen 6
- Kommissions-Aktionsplan zur Verringerung des Lohngefälles 6
- Europäische Kommission analysiert Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten 7
- Schluss mit Gewalt gegen Frauen 7
- Fortschritte bei der Umsetzung der Energieunion 8

Sonstiges

- EU-Alpenstrategie: Forum mit LH Platter und EU-Kommissarin Corina Cretu 9
- „Tourismus – eine Schlüsselbranche für Investitionen in Europas Zukunft“ 9
- Neuer Rechnungshof-Bericht über Verwaltung der Kohäsionsausgaben 10

In eigener Sache

- Österreichische Landesbaudirektoren in Brüssel 11
- Veranstaltung „Countering the Networks of Extremism“ 11
- Besuch einer Gruppe MasterstudentInnen des MCI 12

Ihre Stimme in Europa

- Laufende Konsultationen 13

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen 14
Tagesordnungen der Institutionen 15
Impressum und Abbildungsverzeichnis 15

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu

Thema der Woche

RescEU: Neue Maßnahmen zur Bewältigung von Naturkatastrophen

Am 23. November hat die Europäische Kommission Pläne zur Stärkung der Fähigkeit Europas zur Bewältigung von Naturkatastrophen vorgelegt (vgl. englische Mitteilung). Zentrale Komponente des Vorschlags ist die Einrichtung von rescEU, einer auf europäischer Ebene angesiedelten Reserve von Katastrophenschutzkapazitäten.

Der Vorschlag ist ein zentraler Bestandteil der Agenda von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker für ein Europa, das schützt. Die Initiative ist dabei vor dem Hintergrund der immer komplexeren und häufigeren Naturkatastrophen zu sehen, die in den letzten Jahren viele Länder Europas heimgesucht haben.

Im Detail beruht der Vorschlag auf zwei einander ergänzenden Aktionsfeldern: einer verstärkten gemeinsamen Reaktion auf europäischer Ebene und einer verbesserten Katastrophenprävention.

Die Reaktionsfähigkeit soll durch die Einrichtung einer EU-Katastrophenabwehr-reserve (rescEU) verstärkt werden, die über verschiedene Ressourcen verfügt (Löschflug-zeuge, Ausrüstungen für Such- und Rettungsmaßnahmen etc.). Sie soll von der Kommission verwaltet und betroffenen Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden, wenn nationale Kapazitäten nicht ausreichen.

In Bezug auf die Katastrophenprävention sollen die EU-Mitgliedstaaten ihre nationalen Strategien besser austauschen, um mögliche Lücken zu ermitteln bzw. zu beseitigen. Der Vorschlag soll auch zur verbesserten Abstimmung und Kohärenz mit bestehenden EU-Politikbereichen beitragen, in denen die Katastrophenvorsorge ebenfalls ein Thema ist. Hierzu gehören u.a. die EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel und Umweltvorschriften (z.B. Pläne für das Hochwassermanagement).

Zuletzt sieht der Vorschlag die Straffung und Vereinfachung von Verwaltungsverfahren vor, um den Zeitaufwand für die Bereitstellung lebensrettender Hilfe zu minimieren.

Mehr Informationen

Zum Inhaltsverzeichnis

Europäisches Parlament

Abstimmung über Berichte betreffend EU-Paket für saubere Energie

Am 28. November stimmte der Industrie- und Energieausschuss des EU-Parlaments über zwei Berichte ab, die Schlüsseldossiers des EU-Pakets für saubere Energie sind.

Der erste Bericht befasst sich mit neuen Anforderungen in Hinblick auf die Förderung von Energieeinsparungen und die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energiequellen. Demnach soll bis 2030 mindestens 35% der gesamten in der EU verbrauchten Energie aus sauberen Quellen stammen. Für den Verkehrssektor sollen mindestens 12% der in jedem Mitgliedstaat verbrauchten Energie aus erneuerbaren Energiequellen wie Sonne oder Wind erzeugt werden.

Darüber hinaus stimmten die Abgeordneten über eine Reform der Energieeffizienzregeln ab, um den Energieverbrauch auf EU-Ebene bis 2030 um 40% zu senken. Jedes EU-Land soll dafür eigene nationale Energieeffizienzziele festlegen. Dies soll alle Stufen der Energiekette abdecken, von Erzeugung, Übertragung, Verteilung bis hin zu Endverbrauch.

Mehr Informationen

Zum Inhaltsverzeichnis

Rat der Europäischen Union

EU-Staaten verlängern Glyphosat-Zulassung um fünf Jahre

Am 27. November haben VertreterInnen der Mitgliedsstaaten im sog. Berufungsausschuss den Vorschlag der Kommission (in Englisch) für eine fünfjährige Verlängerung der Zulassung des Herbizids Glyphosat mit qualifizierter Mehrheit angenommen (siehe englisches Protokoll).

Glyphosat ist ein umstrittener Wirkstoff, der breiten Einsatz in Pflanzenschutzmitteln findet. 2015 stufte die Internationale Krebsforschungsagentur der Weltgesundheits-organisation Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend" für Menschen ein. Die Europäische Behörde für Lebensmittel-sicherheit (EFSA) und die Europäische Chemieagentur (ECHA) kamen in ihren Untersuchungen aber zu dem Schluss, dass die verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse für eine solche Einstufung nicht ausreichen.

Nachdem sich bei einer früheren Abstimmung weder eine qualifizierte Mehrheit für noch gegen die Verlängerung ergeben hatte, wurde ein Berufungsausschuss eingesetzt. Bei dessen Abstimmung am 27. November haben sich nun 18 Mitgliedstaaten, die für rund 66% der EU-Bevölkerung stehen, für eine verlängerte Zulassung des Wirkstoffs ausgesprochen. Neun Mitgliedstaaten waren dagegen und es gab auch eine Enthaltung. Österreich sei dagegen gewesen, heißt es aus Diplomatenkreisen.

Mehr Informationen

Rat stimmt für überarbeitete Öko-Verordnung

Am 20. November haben die Mitgliedstaaten der Überarbeitung der bestehenden Vorschriften für die biologische Erzeugung und die Kennzeichnung von biologischen Erzeugnissen zugestimmt. Die neuen Vorschriften werden am 1. Jänner 2021 in Kraft treten.

Da die derzeit in Kraft stehenden Vorschriften bereits 20 Jahre alt sind, wurde ihre Überarbeitung in den letzten drei Jahren intensiv verhandelt. Landwirtschafts-kommissar Phil Hogan begrüßte die endgültige Annahme. Sie sorge dafür, dass dieser große und rasch wachsende Wirtschaftssektor sich bei seiner weiteren Ausdehnung auf klare Regeln stützen kann. Zudem können Erzeuger darauf vertrauen, dass sie dieselben Wettbewerbs-voraussetzungen haben wie Erzeuger aus Nicht-EU-Ländern, die ihre Öko-Produkte in die EU importieren.

Die Reform sorgt dafür, dass ÖkolandwirtInnen in der EU fairer behandelt werden und dass das EU-Öko-Logo den VerbraucherInnen EU-weit dieselben Qualitätsgarantien bietet. Mit der Änderung wird ein EU-weit gültiges Regelwerk eingeführt, das den gesamten Ökosektor der EU erfasst. Damit werden die bisherigen Vorschriften ersetzt, die von Ausnahmen übersät und teilweise auf nur einzelne ErzeugerInnen zugeschnitten waren.

Mehr Informationen

Zum Inhaltsverzeichnis

Beschlussfassungen des Rates zu aktuellen bildungspolitischen Themen

Die für Bildung zuständigen EU-MinisterInnen haben am 20. November bei der Tagung des Rates "Bildung, Jugend, Kultur und Sport" u.a. das Thema „Zukünftige Kompetenzen und die sich ändernde Rolle beruflicher Bildung“ behandelt. Diskussionsgegenstände waren u.a. die Notwendigkeit der Einbeziehung aller relevanten Akteure, wie insbesondere jene des Privatsektors, sowie die Wichtigkeit der Vermittlung digitaler Kompetenzen.

Darüber hinaus nahm der Rat Schluss-folgerungen zu einer erneuerten EU-Agenda für die Hochschulbildung an. Darin geht es in erster Linie darum, die Hochschulbildung zu modernisieren, damit diese mit dem sich rasch ändernden Umfeld Schritt halten kann.

Des Weiteren wurde eine Ratsempfehlung zur Nachverfolgung des Werdegangs von AbsolventInnen angenommen. Damit sollen die Bemühungen der Mitgliedstaaten bei der Verbesserung der Qualität und Verfügbarkeit von Daten zu den Tätigkeiten von AbsolventInnen nach Beendigung ihrer Hochschul-oder Berufsausbildung gefördert und unterstützt werden.

Schließlich gelangten auch Schluss-folgerungen zu „Schulentwicklung und hervorragender Unterricht“ zur Annahme.

Mehr Informationen

Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft

Am 24. November sind die Staats- und Regierungschefs der EU mit ihren sechs östlichen Partnern – Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine – zusammengekommen. Dabei haben sie eine Gemeinsame Erklärung (in Englisch) über die künftigen Prioritäten ihrer Partnerschaft verabschiedet.

In der Erklärung bekräftigte die EU, dass sie auch weiterhin entschlossen ist, die territoriale Integrität, die Unabhängigkeit und die Souveränität aller ihrer Partner zu unterstützen. Die GipfelteilnehmerInnen begrüßten ferner die "20 Ziele für 2020" (siehe englischer Factsheet). Diese bilden einen Rahmen, mit dem das Leben der BürgerInnen in den Ländern der Östlichen Partnerschaft in den vier vorrangigen Bereichen der Zusammenarbeit, die 2015 in Riga vereinbart wurden, verbessert werden soll.

Darüber hinaus wurde in der gemeinsamen Erklärung etwa auf die Notwendigkeit besserer und sichererer Verkehrs-verbindungen hingewiesen. In diesem Zusammenhang wurde am Rande des Gipfeltreffens das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) der EU auch auf die Länder der Östlichen Partnerschaft ausgeweitet.

Mehr Informationen

Zum Inhaltsverzeichnis

Europäische Kommission

Neue EU-Vorschriften für Online-Zahlungen

Am 27. November hat die Kommission neue Regeln verabschiedet, welche die EU-Richtlinie über Zahlungsdienste (PSD2) konkretisieren (vgl. delegierte Verordnung in Englisch). Dadurch sollen VerbraucherInnen von sichereren und innovativeren elektronischen Zahlungsdiensten profitieren können.

Einerseits sollen die verabschiedeten Vorschriften VerbraucherInnen ermöglichen, innovative Dienste von Drittdienstleistern, sog. FinTech-Unternehmen, zu nutzen (z.B. die Verwaltung persönlicher Finanzen durch das Zusammenfassen von Informationen aus verschiedenen Konten).

Andererseits sollen sie einen strikten Datenschutz und Sicherheit für Verbraucher-Innen und Unternehmen in der EU gewährleisten. Im Detail legt die delegierte Verordnung dazu etwa fest, wie eine starke Kundenauthentifizierung auszusehen hat (d.h. Zwei-Faktor-Authentifizierung).

Der Rat und das Europäische Parlament haben nun drei Monate Zeit, den Vorschlag zu untersuchen und gegebenenfalls abzulehnen.

Mehr Informationen

Kommissions-Aktionsplan zur Verringerung des Lohngefälles

Der Aktionsplan soll dabei helfen, das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen zu schließen. So will die Kommission Projekte zur Förderung von Frauen in Führungspositionen finanziell unterstützen und eine Änderung der Gleichstellungsrichtlinie prüfen. Außerdem forderte die Kommission Parlament und Rat auf, den Vorschlag zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zügig anzunehmen.

Im Durchschnitt verdienen Frauen in Europa weiterhin 16,3 % weniger als Männer. Mit konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Kommission, diesem Ungleichgewicht Einhalt zu gebieten.

Das Parlament und der Rat werden aufgefordert, den vorgelegten Vorschlag zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben anzunehmen. Damit würde der betreuungs-bedingten Benachteiligung entgegengewirkt. Außerdem sollen Projekte finanziert werden, die auf ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Männern und Frauen auf allen Führungsebenen der Unternehmen abzielen.

Die Kommission stellte auch eine Eurobarometer-Umfrage vor, in der 9 von 10 EuropäerInnen angaben, dass die Förderung der Gleichstellung für die Gesellschaft, die Wirtschaft und sie persönlich von Bedeutung sei.

Mehr Informationen

Zum Inhaltsverzeichnis

Europäische Kommission analysiert Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten

Die Kommission hat 28 länderspezifische Gesundheitsprofile erstellt. Der Fokus liegt auf der Gesundheit der Bevölkerung und wichtigen Risikofaktoren sowie auf der Effizienz, Zugänglichkeit und langfristigen Tragbarkeit der Gesundheitssysteme in allen Mitgliedstaaten.

In den Berichten werden unzureichende Investitionen in Präventionsmaßnahmen moniert. Die Primärversorgung steuere die PatientInnen effizient durch das Gesundheitssystem und trage dazu bei, unnötige Ausgaben zu vermeiden. Allerdings ist nur in 14 EU-Mitgliedstaaten für einen Facharztbesuch eine Überweisung des Hausarztes erforderlich. In neun anderen Ländern gibt es finanzielle Anreize für Überweisungen.

Laut dem länderspezifischen Gesundheitsprofil liegt Österreich mit jährlichen Gesundheitsausgaben von 3808 Euro pro Kopf an 6. Stelle. Der EU-Durchschnitt liegt bei 2797 Euro. Diese hohen Kosten würden sich aber nur zum Teil im Gesundheitszustand der Bevölkerung widerspiegeln. So würde die Lebenserwartung nur knapp über dem EU-Durchschnitt (80,6 Jahre) bei 81,3 Jahren liegen.

Schließlich wird die verstärkte Verwendung von Gesundheitsdaten gefordert. So sollen Ergebnisse und Erfahrungen aus der Praxis aufgegriffen werden können, die für die PatientInnen von Belang sind und ein großes Potenzial haben, die Wirksamkeit des Gesundheitssystems zu erhöhen.

Mehr Informationen

Schluss mit Gewalt gegen Frauen

Anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November hat die Kommission eine Erklärung abgegeben. Darin bekräftigt sie, dass Gewalt gegen Frauen sofort aufhören muss.

Jede dritte Frau in Europa ist Opfer von körperlicher und/oder sexueller Gewalt. 80 % der Opfer von Menschenhandel in der EU sind weiblich. In den Entwicklungsländern ist jedes dritte Mädchen bereits vor Vollendung des 18. Lebensjahres verheiratet.

In der Erklärung werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Bildung und die Gesetzgebung zu verbessern und soziale Normen zu ändern.

Die Kommission sieht aber auch positive Entwicklungen. Bspw. hat die Bewegung #metoo dazu beigetragen, auf das Ausmaß der sexuellen Belästigung und Übergriffe aufmerksam zu machen. So wurden Opfer ermutigt, an die Öffentlichkeit zu gehen, um ihre Rechte einzufordern und zu verteidigen.

Mehr Informationen

Zum Inhaltsverzeichnis

Fortschritte bei der Umsetzung der Energieunion

Am 24. November hat die Kommission den dritten Bericht zur Lage der Energieunion veröffentlicht. Dieser zeigt, dass der Übergang zu einer CO2-armen Gesellschaft in der EU schrittweise Realität wird.

Der dritte Bericht über die Lage der Energieunion gibt einen Überblick über die Fortschritte, die im vergangenen Jahr erzielt wurden, und enthält eine Vorschau auf das kommende Jahr.

Die EU ist auf gutem Weg, das Projekt Energieunion zu verwirklichen und damit Beschäftigung, Wachstum und Investitionen zu fördern. Außerdem werden Maßnahmen eingeführt, um dafür zu sorgen, dass die Umstellung auf saubere Energien sozialverträglich erfolgt.

Da insbesondere im Elektrizitätsbereich weiterhin Engpässe auftreten, hat die Kommission des Weiteren eine Mitteilung zum Stromverbundziel von 15% für 2030 angenommen. Außerdem wurde die dritte Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse verabschiedet.

Mehr Informationen

Zum Inhaltsverzeichnis

Sonstiges

EU-Alpenstrategie: Forum mit LH Platter und EU-Kommissarin Corina Cretu

Am 23. und 24. November fanden die Generalversammlung und das Jahresforum der EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) in München statt. Landeshauptmann Günther Platter stellte die Schwerpunkte Verkehr und Mobilität für das kommende Jahr vor, in dem das Land Tirol den EUSALP-Vorsitz innehat.

LH Platter forderte die EUSALP-Partner auf, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Alpenraums solidarisch in Bezug auf die Reduktion der Transit-Belastung vorzugehen. Ziel sei die Festsetzung einer Belastbarkeitsgrenze im Straßenverkehr. Bis dahin werde man weiterhin Block-abfertigungen als Notmaßnahme durchführen müssen.

Die Veranstaltung stellte gleichzeitig das Abschlussevent des bayerischen Vorsitzes in der EUSALP dar und wurde von hochrangigen VertreterInnen sowohl der EU als auch der nationalen und regionalen Ebene besucht. Neben den Landeshauptleuten der Autonomen Provinzen Südtirol und Trentino fand sich auch die für Regionalpolitik zuständige Kommissarin Corina Cretu in München ein.

Mehr Informationen

„Tourismus – eine Schlüsselbranche für Investitionen in Europas Zukunft“

LH Platter konnte am 27. November anlässlich einer High-Level Konferenz Elżbieta Bieńkowska, für die EU-Tourismuspolitik zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission, Mircea-Titus Dobre, den für Tourismus zuständigen Minister der Trio-Ratspräsidentschaft Österreich-Rumänien-Bulgarien, Bundesminister Andrä Rupprechter sowie weitere hochrangige Politiker, Touristiker sowie ExpertInnen aus dem In- und Ausland begrüßen.

Der Tourismus ist der drittgrößte Wirtschaftszweig in der EU. Demgemäß war Schwerpunkt der Referate und Diskussionen, was der Tourismus braucht, um auch künftig erfolgreich zu sein und um attraktive Arbeitsplätze bieten zu können. Gefordert wurde eine integrierte EU-Tourismuspolitik, die mittels eines mehrjährigen Aktionsplans umgesetzt werden soll. Darüber hinaus plädierte man für einen Bürokratieabbau und für eine Förderung des europäischen Tourismus im Rahmen des jährlichen EU-Haushalts.

Das Vormittagsprogramm mit seinen beiden Podiumsdiskussionen stand ganz im Zeichen einer zukünftigen europäischen Tourismus-politik, die sowohl Motor für die Wirtschaft als auch für die regionale Entwicklung ist. Das „Tourismus Investment Forum“ am Nachmittag bot TouristikerInnen die Gelegenheit, mit VertreterInnen der europäischen, nationalen und regionalen Förderstellen zu diskutieren, wie die für die Umsetzung innovativer Projekte erforder-lichen Finanzmittel bestmöglich bereitgestellt werden können. Individuelle Beratungs-stationen rundeten das Programm ab.

Mehr Informationen

Zum Inhaltsverzeichnis

Neuer Rechnungshof-Bericht über Verwaltung der Kohäsionsausgaben

Der EU-Rechnungshof analysiert in einem neuen Bericht die Verwaltung der Kohäsionsausgaben und kommt zum Ergebnis, dass die zuletzt vorgenommenen Änderungen zwar innovativ, aber noch nicht wirksam sind.

Die Prüfer untersuchten zwei neue Vorgaben, mit denen die Ausgaben im Bereich der Kohäsionspolitik im Programmplanungs-zeitraum 2014-2020 ergebnisorientierter gestaltet werden sollen: die Ex-ante-Konditionalitäten (Vorbedingungen für Fördermaßnahmen und die leistungs-gebundene Reserve.

In Bezug auf Österreich wurde festgehalten, dass bereits zum Zeitpunkt der Annahme des sog. operationellen Programms alle Ex-ante Konditionalitäten erfüllt worden sind. Insgesamt stellten die Prüfer fest, dass die Ex-ante-Konditionalitäten einen einheitlichen Rahmen boten, innerhalb dessen geprüft werden konnte, ob die Mitgliedstaaten zu Beginn des Programmplanungszeitraums so aufgestellt waren, dass sie EU-Fonds einsetzen konnten. Es sei allerdings unklar, inwieweit dies in der Praxis tatsächlich zu Änderungen geführt hat. Darüber hinaus hatte die Kommission keinen Gebrauch von der Möglichkeit gemacht, Zahlungen auszusetzen, wenn die Vorbedingungen nicht erfüllt waren.

Die Prüfer vertreten außerdem die Ansicht, dass es auf Basis der leistungsgebundenen Reserve wahrscheinlich leider nicht in bedeutendem Umfang zu einer Neuzuweisung von Mitteln auf besser laufende Programme kommen wird.

Mehr Informationen

Zum Inhaltsverzeichnis

In eigener Sache

Österreichische Landesbaudirektoren in Brüssel

Anlässlich des „Study Visit Mobility“ waren am 22. November die Landesbaudirektoren der österreichischen Bundesländer zu Gesprächen in Brüssel. Unter der Leitung von Robert Müller, Landesbaudirektor von Tirol, statteten sie im Rahmen dieses Aufenthalts auch der Gemeinsamen Vertretung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino einen Besuch ab. Dort begrüßte Dr. Richard Seeber die Gruppe zusammen mit der Leiterin der Vertretung Salzburg, Mag. Michaela Petz-Michez, zu einem Erfahrungsaustausch.

Veranstaltung „Countering the Networks of Extremism“

Am 28. November organisierte Dr. Richard Seeber zusammen mit der Südtiroler Kollegin Vesna Caminades und MEP Herbert Dorfmann eine Podiumsdiskussion mit hochrangigen Gästen und den Initiatoren der EU-Bürgerinitiative „Stop Extremism“, die dann noch mehrere Termine in den EU-Institutionen hatten.

Zum Inhaltsverzeichnis

Besuch einer Gruppe MasterstudentInnen des MCI

Am 28. November besuchte uns eine Gruppe MasterstudentInnen des MCI-Studiengangs „Management, Communication & IT“. Angeführt wurde die 19-köpfige Gruppe von LV-Leiter Dr. Marcus Hofer. Dr. Richard Seeber erzählte der Gruppe aus Innsbruck von der Arbeit der Vertretung. Außerdem gab es spannende Diskussionen zu aktuellen europäischen Themen wie z.B. Wirtschaftspolitik.

Zum Inhaltsverzeichnis

Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

Öffentliche Konsultation zu Arzneimitteln in der Umwelt

Umwelt, Chemikalien, Öffentliche Gesundheit, Wasserressourcen, etc.
22 November 2017 - 21 Februar 2018

EU-Konsultation zu CO2-Ausstoß von LKW

Klimaschutz, Unternehmen und Industrie
20 November 2017 - 29 Januar 2018

Öffentliche Konsultation über die Methoden zur Festlegung eines Verzeichnisses der Sektoren, von denen angenommen wird, dass sie mit einem erheblichen Risiko einer Verlagerung von CO2-Emissionen behaftet sind, für den Zeitraum 2021–2030

Klimaschutz
20 November 2017 - 12 Februar 2018

Öffentliche Konsultation zur Initiative zur Begrenzung des Verzehrs von industriellen Transfettsäuren in der EU (DE)

Lebensmittelsicherheit
17 November 2017 - 9 Februar 2018

Öffentliche Konsultation zu Fake News und online verbreiteter Desinformation

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
13 November 2017 - 23 Februar 2018

Öffentliche Konsultation zur REFIT-Evaluierung der EU-Rechtsvorschriften über Pflanzenschutzmittel und Pestizidrückstände

Lebensmittelsicherheit
13 November 2017 - 12 Februar 2018

Faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft

Steuern
26 Oktober 2017 - 3 Januar 2018

Öffentliche Konsultation über elektronische Dokumente für den Güterverkehr

Verkehr
25 Oktober 2017 - 18 Januar 2018

Zum Inhaltsverzeichnis

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Wissenschaft und Forschung			
Gesundheitsvorsorge, Technologie, Gesellschaft	Prototyping a European interoperable Electronic Health Record (EHR) exchange	24.04.2018	€ 30.000.000
Kilamschutz, Umwelt, Ressourcen- und Rostoffeffizienz	Raw materials innovation for the circular economy: sustainable processing, reuse, recycling and recovery schemes	27.02.2018	€ 30.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version | Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version

Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie hier.

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie hier.
Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie hier.

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie hier.

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie hier.

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie hier.

Stellenausschreibungen: http://www.eurobrussels.com/

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

https://bookshop.europa.eu/de/home/

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Patrick Raschner

Abbildungsverzeichnis

http://ec.europa.eu/echo/files/aid/countries/factsheets/thematic/ERC_en.pdf

https://ec.europa.eu/echo/news/resceu

Zum Inhaltsverzeichnis